

1                   **„Menschen befähigen, Chancen stärken,**  
2                   **Zusammenhalt gestalten –**  
3                   **Ideen und Forderungen der SPD Ludwigshafen**  
4                   **für das SPD-Regierungsprogramm 2016 – 2021“**  
5

6 Ludwigshafen ist Heimat für Menschen aus 150 Nationen. Integration ist  
7 wesentliches Element für ein friedliches, gegenseitig förderndes und kooperatives  
8 Miteinander unserer Stadtgesellschaft.

9 Ludwigshafen ist Arbeiter- und Industriestadt. Nur mit klugen Köpfen und  
10 anpackenden Händen bleibt Wirtschaft in Bewegung. Gute Bildung ist uns daher  
11 ein Kernanliegen – und zwar nicht nur auf dem geraden Weg, sondern auch über  
12 die Seitenstraßen und Umwege. Wir stehen für eine Politik der zweiten und dritten  
13 Chance.

14 Die rheinland-pfälzischen Oberzentren sind Impulsgeber, Schrittmacher und  
15 oftmals Testfelder gesellschaftlicher Entwicklungen. Um die Sichtweisen der  
16 Städte und speziell die Ludwigshafener Perspektive in das SPD-  
17 Regierungsprogramm hinreichend einzubringen, fordern wir den Landesvorstand  
18 der rheinland-pfälzischen SPD auf, im weiteren Programmprozess folgende  
19 Aspekte und Forderungen zu berücksichtigen:  
20

21 **Gute Arbeit – berufliche Chancen ermöglichen,**  
22 **Bedürfnisse aller Generationen achten und**  
23 **Arbeitnehmer stärken**

- 24       • Arbeit ist mehr als Broterwerb und Gewinnmaximierung der Unternehmen.  
25       Deshalb muss die Arbeit jedes Einzelnen in unserer Gesellschaft  
26       Wertschätzung erfahren.
- 27       • Damit für alle Beschäftigten der Satz „Guter Lohn für gute Arbeit“ Gültigkeit  
28       hat, muss bei allen Themen darauf geachtet werden, dass der Mindestlohn  
29       nicht unterlaufen werden kann und auch nicht unterlaufen wird. Deshalb  
30       müssen auch anerkannte Asylberechtigte und geduldete Ausländer so  
31       eingesetzt werden, dass der Mindestlohn dabei bezahlt und nicht umgangen  
32       wird.

- 33 • Gemeinnützige Beschäftigung darf nicht dazu führen, dass Arbeitsplätze  
34 vernichtet werden.
- 35 • Zwar sind Asylbewerber ohne Status in gemeinnütziger Arbeit einsetzbar.  
36 Allerdings sind die im Asylrecht sog. „Arbeitsgelegenheiten“ so definiert,  
37 dass dadurch die möglichen Einsatzgebiete für die Kommunen deutlich  
38 eingeschränkt werden. Wir fordern deshalb, mögliche Erleichterungen für  
39 die Kommunen zu prüfen und sodann entsprechende Initiativen zur  
40 Umsetzung dieser Erleichterungen anzugehen.
- 41 • Um den Einstieg und den Zugang in den Arbeitsmarkt zu erleichtern, bedarf  
42 es einer weiteren Verbesserung der Berufsvorbereitung im Allgemeinen: Für  
43 alle Schüler und Schülerinnen und auch für Asylbewerber und Flüchtlinge.  
44 Hierfür wird eine Stärkung der Sprachkursprogramme für Asylbewerber  
45 und Flüchtlinge benötigt. Denn nur mit intensiven Sprachkursen kann eine  
46 Verbesserung der Integration in den Arbeitsmarkt und damit der Einstieg in  
47 den Beruf gelingen. Dazu sollen die Schulen kleinen und mittelständischen  
48 Betrieben aus der Region die Möglichkeit bieten, sich in diesem Rahmen  
49 aktiv zu präsentieren.
- 50 • Wir begrüßen, dass das Management des Übergangs von der Schule in den  
51 Beruf ab 2016 durch den für alle weiteführenden Schulen verbindlichen „Tag  
52 der Berufs- und Studienorientierung“ weiter verbessert wird. Dabei ist uns  
53 wichtig, dass in diesem Rahmen auch eine Stärkung und Neuausrichtung  
54 der Berufsorientierung auf die veränderten Bedingungen am Arbeitsmarkt  
55 erfolgt (Stichwort: Digitale Arbeitswelt) und in besonderem Maße  
56 Nachwuchskräfte im Bereich des Handwerks geworben und gefördert  
57 werden.
- 58 • Wir brauchen ein gezieltes Übergangsmanagement von der Schule in  
59 Ausbildung und Beruf, das junge Menschen bereits in der Schule abholt,  
60 ihnen Möglichkeiten aufzeigt, bei der Orientierung unterstützt und sie bei  
61 diesem Prozess begleitet.
- 62 • Dem Prinzip des lebenslangen Lernens wollen wir weiter nachkommen durch  
63 eine intensivierete Förderung beruflicher Bildung.
- 64 • Damit gute Arbeit auch an die Bedürfnisse der verschiedenen Generationen  
65 angepasst ist, benötigen wir eine Arbeitswelt, die gleichermaßen die  
66 Bedürfnisse von Familien und die von älteren Arbeitnehmern und  
67 Arbeitnehmerinnen erfüllt.
- 68 • Damit Handwerk, Industrie und Dienstleister auch künftig in der  
69 Metropolregion Rhein-Neckar eine gute Infrastruktur vorfinden, die den

70 Verbleib sowie die Neuansiedelung fördert, benötigen wir eine Ertüchtigung  
71 bzw. eine sukzessive Verbesserung der gesamten Infrastruktur. Die Zusage  
72 des Landes, sich an der Erneuerung der Hochstraße Nord mit 25 Prozent der  
73 förderfähigen Kosten zu beteiligen unter der Bedingung, dass der Bund  
74 mindestens 60 Prozent der förderfähigen Kosten des rund 300 Millionen  
75 Euro teuren Projekts übernimmt, ist ein erster wichtiger Schritt.

## 76 **Hier bin ich daheim – wohnen, wie ich will**

77 • Ludwigshafen ist in Rheinland-Pfalz die Stadt mit der zweithöchsten  
78 Bevölkerungsdichte, der zweithöchsten SGB II-Quote und dem geringsten  
79 verfügbaren Einkommen pro Einwohner. Gerade in dieser  
80 Gesamtkonstellation ist eine zielgerichtete weitere Stärkung des Sozialen  
81 Wohnungsbau unerlässlich. Wir begrüßen das wohnungsbaupolitische  
82 Programm der Landesregierung, durch dessen Förderung 4.200 neue,  
83 bezahlbare Wohnungen entstehen sollen. Da dies den Bedarf aller  
84 Voraussicht nach nicht decken können wird, muss die Förderung von  
85 bezahlbarem Wohnraum in den Folgejahren fortgesetzt werden. Hierbei  
86 sehen wir auch den Bund in der Verantwortung. Außerdem soll geprüft  
87 werden, wie der für den ländlichen Raum konzipierte Wettbewerb „Mehr  
88 Mitte bitte“ auf die Erfordernisse von Städten angepasst werden kann,  
89 damit beispielsweise leerstehende Gewerbeimmobilien in – möglichst  
90 barrierefreien – Wohnraum umgebaut werden können. Auch barrierefreier  
91 Wohnraum muss im kostengünstigen Segment ausreichend angeboten  
92 werden.

93 • Die Arbeit der Landesberatungsstelle „Neues Wohnen Rheinland-Pfalz“, die  
94 Privatpersonen, Initiativen, Kommunen und Unternehmen der Wohnungs-  
95 und Sozialwirtschaft zum gesamten Themenkomplex „Neue Wohnformen“  
96 berät, ist wichtig und sollte weiter ausgebaut werden. Auch die  
97 Fördermöglichkeiten für gemeinschaftliches und generationenübergreifendes  
98 Wohnen, Wohn-Pflege-Gemeinschaften, Wohnen in Aktiver Nachbarschaft  
99 sowie Wohnen mit Versorgungssicherheit im Quartier sollten beibehalten  
100 und das Fördervolumen erhöht werden.

101

## 102 **Bildung von Anfang an – Basis für** 103 **Chancengerechtigkeit**

104 Rheinland-Pfalz ist Bildungsland. Wir haben hier schon viel erreicht. Doch auch  
105 Gutes kann noch besser werden:

106 Alle Schülerinnen und Schüler müssen frühzeitig auf die Anforderungen der Arbeit  
107 in der digitalisierten Welt vorbereitet werden. Aufbauend auf dem Projekt  
108 „Medienkompetenz macht Schule“ fordern wir daher eine vertiefte Verankerung  
109 digitaler Arbeitstechniken sowohl im Lehrplan als auch bei der Lehrerausbildung.  
110 Denn auch hier gilt: Kein Kind darf zurückgelassen werden.

111 Um den Anteil derjenigen, die ohne Abschluss die Schule verlassen, zu verringern,  
112 sollte die Struktur des Berufsvorbereitungsjahrs auf der Basis der Erkenntnisse  
113 des Projekts „Keiner ohne Abschluss“ weiterentwickelt werden.

114 Neue Lernformen sollen gestärkt werden. Dafür bedarf es einer individuellen und  
115 inklusiven Förderung. Dies muss entsprechend in der Lehrerausbildung verankert  
116 sein.

117 Rheinland-Pfalz ist das Land der zweiten und der dritten Chance. Deshalb wollen  
118 wir die Durchlässigkeit der Bildungswege weiter erhöhen. Dies kann aber nur  
119 dann gelingen, wenn bei allen Beteiligten – Schülern, Eltern, Lehrern – das  
120 Wissen über die vielen Möglichkeiten vorhanden ist, die unser Bildungssystem  
121 bereits heute bietet. Dieses Wissen gilt es durch kompetente Beratung und  
122 Orientierung zu stärken.

123 Ehrenamtliches Engagement spielt in Rheinland-Pfalz eine große Rolle. Wir haben  
124 eine Spitzenplatz bei der Engagementquote und eine besonders hohe  
125 Vereinsdichte. Gerade deshalb fordern wir, das Thema „bürgerschaftliches  
126 Engagement“ in die Lehrpläne und in die Lehrerausbildung zu integrieren, damit  
127 die Bedeutung des Ehrenamts für die Gesellschaft bereits frühzeitig vermittelt  
128 wird und Jugendliche für eigenes Engagement begeistert werden können.

129

## 130 **Zusammenland Rheinland-Pfalz – gut leben in einer** 131 **offenen Gesellschaft**

132 Ludwigshafen ist eine Stadt mit langer Migrations- und Integrationserfahrung. Wir  
133 wissen: Einwanderung und Integration müssen Hand in Hand gehen. Dabei dürfen  
134 Sorgen und Ängste der Bevölkerung nicht außer acht gelassen werden. Damit dies  
135 gelingt, ist eine verstärkte Aufklärungsarbeit an Schulen, in Betrieben und im  
136 Ehrenamt erforderlich. Dies ist die beste Abwehr gegen fremdenfeindliche  
137 Tendenzen. Deshalb fordern wir, die bereits auf Landesebene initiierten  
138 Aktivitäten zum Abbau von Vorurteilen und rechtsextremistischen Bestrebungen  
139 weiter voranzutreiben.

140 Herkunft und Heimat dürfen keine Gegensätze sein. Die Menschen, die zu uns  
141 kommen, sollen sich mit ihrer neuen Heimat identifizieren können und in der  
142 Gesellschaft soll sich eine selbstverständliche Akzeptanz für Bürgerinnen und  
143 Bürger mit Migrationshintergrund entwickeln können. Deshalb ist die frühzeitige  
144 Vermittlung kultureller Informationen, der Werte und Regeln des Grundgesetzes  
145 und die Einbindung der Menschen in Vereine von hoher Bedeutung. Es ist gut,  
146 dass es eine landesweite Koordinierungsstelle für das Ehrenamt im Bereich der  
147 Flüchtlingshilfe gibt. Dies gilt es, angesichts der anstehenden  
148 Integrationsaufgaben zu verstetigen und auszubauen. Ehrenamt braucht  
149 Unterstützung: Deshalb setzen wir uns ein für eine gute Betreuung von  
150 Ehrenamtlichen und eine flächendeckende Unterstützung durch Verwaltung und  
151 die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege, insbesondere bei  
152 organisatorischen Fragen.

153 Generell gilt: Alle gesetzlichen Regelungen, die einer zügigen, effizienten und  
154 erfolgreichen Aufnahme und Integration neuer Mitbürgerinnen und Mitbürger  
155 entgegenstehen könnten, sollten auf ihre Flexibilisierbarkeit hin überprüft werden.  
156 Dies gilt auch für die Frage, wie mit minderjährigen Flüchtlingen umzugehen ist,  
157 die zwar ohne ihre Eltern nach Deutschland gekommen sind, aber von  
158 Verwandten zweiten oder dritten Grades begleitet werden.

159 Ludwigshafen hat landesweit den höchsten Anteil an Schülern und Schülerinnen  
160 mit Migrationshintergrund. Herkunft darf jedoch kein Schicksal sein – erst recht  
161 nicht bei der Bildung. Daher muss es eine dauerhafte und verlässliche  
162 Finanzierung von Sprachkursen geben. Um die Anzahl der Lehrer für Deutsch als  
163 Fremdsprache zu erhöhen, sollen Quereinsteiger weiter und intensiver gefördert  
164 werden. Bei der Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte sollte auch der Umgang  
165 mit traumatisierten Kindern und Jugendlichen angesprochen werden. So können  
166 sowohl Lehrern als auch Schülern überfordernde Situationen erspart bleiben.  
167 Deshalb sollten die Traumazentren – eine entsprechende personelle Ausstattung  
168 vorausgesetzt - künftig auch Kindern und Jugendlichen offenstehen.

169 Bei der künftigen Ausrichtung unserer Lerninhalte sollten wir bedenken: Bildung  
170 und insbesondere Kenntnis um und Verständnis für andere Kulturen ist ein Beitrag  
171 für eine zukunftsfähige und friedlichere internationale Gemeinschaft. Die  
172 Lerninhalte in verschiedenen Fächern sollten daher darauf überprüft werden,  
173 inwiefern damit zugleich der Unterricht interkultureller gestaltet werden kann.  
174 Dies gilt insbesondere für den Religionsunterricht. Neben dem Ausbau des  
175 muslimischen Religionsunterrichts mit einem klaren Curriculum sollten die  
176 Lehrpläne verbindlich gemeinsame Unterrichtseinheiten des evangelischen,  
177 katholischen und muslimischen Religionsunterrichts sowie des Ethikunterrichts  
178 vorsehen.

179 Teilhabe ist elementar für den Zusammenhalt und das  
180 Zusammengehörigkeitsgefühl einer Gesellschaft. Es ist deshalb gut, dass wir in  
181 Rheinland-Pfalz die Möglichkeit für Beiräte für Migration und Integration,  
182 Senioren- und Behindertenbeiräte und Jugendvertretungen in der Landkreis- und  
183 Gemeindeordnung verankert haben. Um auch die Partizipation der Senioren und  
184 Seniorinnen sowie der Menschen mit Behinderungen zu institutionalisieren,  
185 plädieren wir für eine verpflichtende Einführung der Senioren- und  
186 Behindertenbeiräte in den Landkreisen und kreisfreien Städten.

## 187 **Starke Städte – Garant für eine soziale Gesellschaft**

188 Dieser Antrag spiegelt nur einen Teil der Aufgaben und Herausforderungen wider,  
189 vor der gerade die Städte stehen. Diese sind nur dann zu bewältigen, wenn auch  
190 die finanzielle Leistungsfähigkeit gegeben ist. Mit der Einrichtung des  
191 Kommunalen Entschuldungsfonds und der Änderung des  
192 Landesfinanzausgleichsgesetzes sind bereits zwei wichtige Schritte gemacht  
193 worden. Es bedarf jedoch unbedingt weiterer Schritte auf Bundes- und  
194 Landesebene, um die Zukunftsfähigkeit der Städte zu erhalten:

195 Wir fordern, dass sich die sozialdemokratische Landesregierung auch in der  
196 kommenden Legislaturperiode bei den Verhandlungen über die Bund-Länder-  
197 Finanzbeziehungen dafür einsetzt, dass künftig Unterschiede bei der Finanzkraft  
198 der Städte und Gemeinden stärker berücksichtigt werden.

199 Bei der in 2017 anstehenden Evaluation des Landesfinanzausgleichsgesetz und  
200 der zweiten Stufe der Kommunal- und Verwaltungsreform soll eine finanzielle  
201 Begradigung der auf Stadt-Umland-Beziehungen beruhenden Unwuchten in den  
202 Fokus genommen werden.

203 Grundsätzlich gilt: Die Finanzausstattung der Kommunen durch Bund und Land  
204 muss sich an den unterschiedlichen Bedarfen vor Ort orientieren. Die kommunale  
205 Daseinsvorsorge muss gewährleistet werden. Wir verweisen an dieser Stelle  
206 abschließend auf den Antrag „Kommunale Selbstverwaltung schützen –  
207 kommunale Daseinsvorsorge sichern!“ des SPD Stadtverbands Ludwigshafen vom  
208 November 2014.

209 **Die Ludwigshafener Sozialdemokraten und**  
210 **Sozialdemokratinnen setzen sich weiter ein für ein**  
211 **sozialdemokratisch regiertes Rheinland-Pfalz. Denn**  
212 **nur mit einer starken Sozialdemokratie bleiben wir**  
213 **solidarisches Erfolgs- und Chancenland!**